

Fachtagung der Evangelischen Akademie Bad Boll und des IAB am 17./18. Oktober 2005 in Bad Boll

## **Nach der Reform. Die neue Arbeitsmarktpolitik: Wissenschaftliche Analysen und praktische Erfahrungen**

Peter Kupka

### **Podiumsdiskussion: Perspektiven einer wirksamen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik**

Den Abschluss der Tagung bildete eine Podiumsrunde zum Thema „Perspektiven einer wirksamen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik“ bei der unter der Leitung von Dagmar Bürkardt die hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger, Werner Bruns, Baden-Württembergisches Wirtschaftsministerium sowie Dr. Dierk Hirschel, der „Chefökonom“ des DGB diskutierten.

Lautenschläger betonte, die Systemzusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sei richtig gewesen, allerdings seien bei der Umsetzung Fehler gemacht worden. So erhielten von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohte Personen nunmehr erst dann Hilfe, wenn Sie nach Ablauf des ALG I in den Rechtskreis des SGB II kämen. Die Evaluation des Optionsmodells sah sie skeptisch: schließlich gebe es im internationalen Maßstab einen eindeutigen Vorrang für Dezentralisierung. Zentrale Steuerung aus Nürnberg oder Wiesbaden lehne sie ab, einer kommunalen Zuständigkeit sei eindeutig der Vorzug zu geben. Viele arbeitsmarktpolitische Maßnahmen hätten sich als wenig wirksam erwiesen; wichtig seien Anreizstrukturen im Niedriglohnsektor, insbesondere Kombilöhne. Mini-Jobs sollten Langzeitarbeitslosen nicht angeboten werden, um Lock-in-Effekte zu vermeiden.

Hirschel ging das Thema von der makroökonomischen Seite an: Arbeitsmarktreformen und Steuersenkungen brächten keine Verbesserung des Arbeitsmarktes. Wachstum und Vollbeschäftigung basierten dagegen auf einer Kombination von Geld-, Finanz- und Lohnpolitik. In der Fiskalpolitik habe Eichel aus neoklassischer Sicht alles Richtig gemacht; trotzdem sei die Arbeitslosigkeit gestiegen. Das Instrument der Geldpolitik liege nicht mehr in der Hand der Regierung, die EZB achte fast ausschließlich auf Geldwertstabilität. Die Lohnentwicklung schließlich sei zu niedrig gewesen, mit der Folge dass Deutschland Exportweltmeister sei, aber die Binnennachfrage nachlasse. Alternativen der Politik sah Hirschel in einer Erhöhung staatlicher Investitionen und einer dynamischeren Lohnentwicklung, die unter anderem auch durch eine „Re-Regulierung“, zum Beispiel in Form eines gesetzlichen Mindestlohns, erreicht werden könne.

Bruns stimmte seinem Vorgänger dahingehend zu, dass die entscheidenden Stellschrauben im Bereich der Makroökonomie zu suchen seien. Konjunkturprogramme seien aber nicht geeignet, da durch Staatsverschuldung das Zinsniveau nach oben getrieben und das Investitionsklima belastet werde. An der Arbeitsmarktpolitik monierte er deren fehlende Effizienz: in den letzten sieben Jahren seien 150 Mrd. Euro ausgegeben worden, aber die Hoffnungen auf einen Rückgang der Arbeitslosigkeit hätten sich nicht erfüllt. Daher dürfe

man die Wirkung von Arbeitsmarktpolitik nicht überschätzen. Die Arbeitsmarktreformen Hartz I-III seien nicht weit genug gegangen, Hartz IV hingegen sei im Kern richtig. Die von Brinkmann in der Zusammenfassung des Seminars erwähnte Strategie, auf dem nun eingeschlagenen Weg weiterzugehen und sich die Ergebnisse anzuschauen, lehne er ab. Vielmehr müsse es im Einklang mit Frau Lautenschläger mehr Autonomie für die Kommunen geben. Dort seien die JobCenter anzusiedeln, die BA würde auf eine Versicherungsanstalt zurückgeführt.

In der Diskussion wurden strategische Aspekte der Arbeitsmarktpolitik (Vermittlung vs. Schaffung von Arbeitsplätzen) ebenso gestreift wie die Bedeutung von Bildung, die Organisation der Arbeitsmarktpolitik (zentral oder kommunal) das Prinzip des Förderns und Forderns sowie die Evaluation von Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik.

Lautenschläger sieht Aufgaben der Vermittlung insbesondere bei den Älteren. Bei Frauen müssten durch eine Ausweitung der Kinderbetreuung Beschäftigungshemmnisse abgebaut werden, nach dem Motto: „lieber einen Kindergartenplatz finanzieren als Arbeitslosigkeit für die ganze Familie“. Arbeitsplätze schaffen könne man besonders im Bereich der Hochqualifizierten. Aber auch einfache Tätigkeiten müssten akzeptiert werden und gesellschaftlich mehr Anerkennung erfahren, z.B. die haushaltsnahen Dienstleistungen. Für Bruns liegt das Rezept für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der Standortpolitik. Hierzu müsse man deregulieren, entbürokratisieren und die Bildung stärken, aber auch zukunftssträchtige Technologien wie die Gentechnologie besser akzeptieren und fördern als dies gegenwärtig der Fall sei.

Hirschel moniert den Zustand des Bildungssystems, den er als katastrophal bezeichnet. Hier seien massive Investitionen nötig, um in Zukunft frei werdende Arbeitsplätze zu besetzen. Dies stehe aber im Widerspruch zur Haushaltskonsolidierung. In der Arbeitsmarktpolitik werde von der Devise „Fördern und Fordern“ gegenwärtig nur das Fordern umgesetzt. Auf der anderen Seite seien die Gewinne der Unternehmen massiv gestiegen und die Steuerquote gehöre zu den niedrigsten in Europa. All dies habe jedoch nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen geführt.

Die Forderung nach einer Kommunalisierung der Arbeitsmarktpolitik, so Bruns, beinhalte keine Kritik an den Mitarbeitern der BA. Die Organisation müsse aber effizienter werden und hier hätten die Kommunen deutliche Vorteile. Insbesondere sieht Bruns zu viele unterschiedliche Arbeitsmarktprogramme, die man deutlich straffen könne. Lautenschläger sieht die Finanzverantwortung falsch organisiert: bei den Kommunen seien nur die Kosten der Unterkunft angesiedelt. Am besten sei es aber, ein Budget vor Ort zu haben, mit dem man flexibel arbeiten könne. Grundsätzlich könne auch das Modell der ARGEen funktionieren, aber man müsse „möglichst wenig drüberbauen“. Auch innerhalb der BA sollten Kompetenzen stärker von der Zentrale in die Regionaldirektionen verschoben werden.